

Pressekonferenz des Aktionsbündnisses

Gemeinsam für einen starken und zukunftsfesten Sozialstaat

13. Juli 2026, München

Bernhard Stiedl

Vorsitzender DGB Bayern

Es gilt das gesprochene Wort!

SPERRFRIST: Mittwoch, 13. Juli 2026, 09:30 Uhr

Sehr geehrte Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen,

ich freue mich sehr, Sie heute hier gemeinsam mit unseren Bündnispartnerinnen und Bündnispartnern begrüßen zu dürfen. Dass wir heute hier gemeinsam stehen, ist alles andere als selbstverständlich. Dieses Bündnis vereint Gewerkschaften, Sozialverbände, Wohlfahrtsorganisationen, Kirchen, Jugendverbände, Betroffenenorganisationen und viele weitere zivilgesellschaftliche Akteure.

Ein derart breites gesellschaftliches Bündnis zur Rettung des Sozialstaats hat es in Bayern bislang noch nicht gegeben. Wir alle sind heute Sozialstaatsretterinnen und Sozialstaatsretter. Allein das zeigt, wie ernst die Lage ist. Denn wir kommen aus unterschiedlichen Organisationen, mit unterschiedlichen Schwerpunkten, unterschiedlichen Erfahrungen und Betroffenenperspektiven. Aber wir alle beobachten dieselbe Entwicklung: Der Sozialstaat gerät zunehmend unter Rechtfertigungsdruck.

Immer häufiger werden soziale Leistungen ausschließlich als Kosten betrachtet. Immer häufiger werden Kürzungen als alternativlos dargestellt und umgesetzt. Und immer häufiger entsteht der Eindruck, soziale Sicherheit sei ein Luxus, den wir uns künftig nicht mehr leisten könnten. Wir sagen deshalb heute gemeinsam und unmissverständlich: Das Gegenteil ist richtig. Der Sozialstaat ist kein Luxus. Er ist die Grundlage unseres gesellschaftlichen Zusammenhalts. Er ist die Voraussetzung dafür, dass Demokratie funktioniert. Und er ist eine wesentliche Basis dafür, dass unsere Wirtschaft stark bleibt.

Nein, der Sozialstaat ist kein Relikt der Vergangenheit. In einer Zeit, in der fast jeder dritte Euro des Bundeshaushalts in die Verteidigung geht, wehren wir uns gegen den plumpen Einsatz des Rotstifts in sämtlichen Bereichen des Sozialstaats. Wir wehren uns gegen das Ausspielen von äußerer Sicherheit gegen soziale Sicherheit. Beides muss möglich sein. Wir wehren uns gegen den Mythos, der Sozialstaat sei nicht mehr zu bezahlen. Der wachsende, geradezu obszöne Reichtum weniger, erzählt eine ganz andere Geschichte. Wir sind überzeugt: der Sozialstaat hat Zukunft. Unser Sozialstaat ist Zukunft.

Gerade wir als Gewerkschaften wissen: Gute Arbeit braucht soziale Sicherheit. Wer jeden Tag arbeitet, muss sich darauf verlassen können, dass Krankheit nicht zum Armutsrisiko wird, dass eine Arbeitslosigkeit nicht den sozialen Absturz bedeutet, dass gute und bezahlbare Pflege organisiert werden kann, und dass nach einem langen Arbeitsleben eine Rente zum ordentlichen Leben reicht.

Diese Sicherheit ist keine Nebensache. Sie macht Veränderungen überhaupt erst möglich. Deutschland und Bayern stehen mitten in einer tiefgreifenden Transformation. Industrie, Energiewende, Digitalisierung und demografischer Wandel verändern unsere Arbeitswelt rasant. Und diese Veränderungen werden nur gelingen, wenn die Menschen Vertrauen haben. Vertrauen darauf, dass sie nicht allein gelassen werden. Vertrauen darauf, dass Weiterbildung möglich ist. Vertrauen darauf, dass neue Chancen entstehen. Und Vertrauen darauf, dass der Sozialstaat Sicherheit gibt, wenn etwas schiefgeht.

Deshalb ist es aus unserer Sicht der völlig falsche Weg, ausgerechnet jetzt über den Abbau sozialer Sicherungssysteme, über Einschränkungen bei Arbeitnehmerrechten, oder über eine Schwächung der Arbeitslosenversicherung zu diskutieren. Wer Sicherheit abbaut, schafft keine Dynamik. Er schafft Verunsicherung. Und Verunsicherung ist Gift für jede erfolgreiche Transformation.

Als Deutscher Gewerkschaftsbund erleben wir jeden Tag in den Betrieben, was die Menschen bewegt. Sie sorgen sich um ihre Arbeitsplätze. Sie kämpfen mit steigenden Mieten und hohen Lebenshaltungskosten. Sie erleben überlastete Kitas, lange Wartezeiten im Gesundheitswesen, und zunehmenden Personalmangel in sozialen Einrichtungen.

Viele Beschäftigte fragen sich inzwischen: Wer kümmert sich eigentlich noch um diejenigen, die jeden Tag den Laden am Laufen halten? Genau deshalb brauchen wir nicht weniger, sondern einen stärkeren und zukunftsfesten Sozialstaat. Wir brauchen mehr öffentliche Investitionen. Wir brauchen starke Kommunen. Wir brauchen funktionierende soziale Infrastruktur. Wir brauchen gute Bildung, gute Gesundheitsversorgung, gute Pflege und bezahlbares Wohnen. Und wir brauchen sichere Arbeitsbedingungen, starke Tarifverträge und eine verlässliche soziale Sicherung.

Denn wirtschaftliche Stärke und sozialer Zusammenhalt sind keine Gegensätze. Sie sind voneinander abhängig. Deshalb wenden wir uns auch gegen den Versuch, Beschäftigte, Arbeitslose, Rentnerinnen und Rentner, oder Menschen mit Behinderung gegeneinander auszuspielen. Spaltung löst kein einziges Problem. Sie schwächt unsere Gesellschaft. Wer den Sozialstaat kaputtspart, spart an Menschen. Und am Ende zahlt die Demokratie den höchsten Preis. Denn wo Menschen das Vertrauen verlieren, dass Politik ihre Lebenswirklichkeit ernst nimmt, dort gewinnen diejenigen an Einfluss, die einfache Antworten versprechen, und unsere demokratischen Grundwerte infrage stellen.

Gerade deshalb ist dieses Bündnis heute so wichtig. Wir wollen den Sozialstaat nicht konservieren. Wir wollen ihn weiterentwickeln. Wir wollen ihn modern, leistungsfähig und zukunftsfest machen. Aber Modernisierung bedeutet nicht Abbau. Modernisierung bedeutet bessere Leistungen, mehr Teilhabe und mehr Sicherheit. Unser gemeinsamer Aufruf macht deutlich: Ein starker Sozialstaat ist keine Belastung. Er ist eine Investition in den Zusammenhalt unseres Landes, in wirtschaftlichen Erfolg und in unsere Demokratie. Deshalb stehen wir heute gemeinsam hier. Deshalb werden wir weiter gemeinsam dafür eintreten, dass sozialer Zusammenhalt in Bayern keine Sonntagsrede bleibt, sondern politische Realität.

Und deshalb werden wir als DGB am 26. September zu bundesweiten Demonstrationen aufrufen. Wir laden alle Sozialstaatsretterinnen und Sozialstaatsretter ein, sich uns anzuschließen und für gerechte Reformen zu streiten. Denn wir sind nicht bereit, tatenlos zuzusehen, wenn soziale Errungenschaften infrage gestellt, wenn Arbeitnehmerrechte geschwächt, und die Lasten einer schwierigen Zeit allein auf die Schultern der Beschäftigten, der Familien, der Rentnerinnen und Rentner, sowie der Menschen in prekären Lebenslagen abgewälzt werden sollen. Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.